

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 88 846 pbbn d

## Inhalt

Klaus Matthiesen MdL be-  
schreibt seine Position  
gegenüber den Alternati-  
ven: Die Roten übernehmen  
keine grünen Positionen.  
Seite 1

Dieter Schinzel MdEP for-  
dert eine konsequente  
Nahostpolitik: PLO diplo-  
matisch anerkennen.  
Seite 3

Klaus Kirschner MdB be-  
tont die Notwendigkeit  
des Finanzausgleichs in  
der Krankenversicherung:  
Auch Leistungserbringer  
müssen Opfer leisten.  
Seite 4

Prof. Dr. Nils Diederich  
zu den Berlin-Flügen der  
alliierten Fluggesell-  
schaften: System der Sub-  
ventionierung umstellen.  
Seite 5

37. Jahrgang / 139

26. Juli 1982

Nicht grün, sondern vernünftig

-----  
Die Roten übernehmen keine grünen Positionen

Von Klaus Matthiesen MdL  
Oppositionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag  
Mitglied des SPD-Vorstandes

FDP und Unions-Parteien haben, so scheint es, ein neues tolles Stück für ihr diesjähriges Sommertheater entdeckt, das Schauerdrama "Die Roten und die Grünen". In immer neuen Interview-Runden versuchen sie, der SPD ins Textbuch zu schreiben, wie ein Dialog mit den Grünen auszusehen und auszugehen hat.

Vieles an dieser Aufgeregtheit von FDP und CDU/CSU ist schlicht komisch. So, wenn der FDP-Vorsitzende Genscher von seiner Wackelei vor allem in Hessen ablenken will und der SPD "Sachpendeln" hin zu den Grünen vorwirft. So auch, wenn der Ministerpräsidenten-Kandidat der hessischen CDU, Alfred Dregger, behauptet: "Die Grünen sind der Höhepunkt des Ausstiegs aus der Wirklichkeit, mit dem SPD und teilweise auch FDP in den 70er Jahren begonnen haben." Hier beweist Dregger erneut, wie gestört sein Verhältnis zur Wirklichkeit ist.

Manches in der Diskussion ist aber auch schlicht ärgerlich. So, wenn Politiker der Union, der FDP, aber auch der SPD den Eindruck erwecken, die Grünen und ihre Wähler seien leicht "spinnert". Derlei Polemik ist überflüssig wie ein Kropf und führt zu nichts. Was Not tut in der Auseinandersetzung, ist mehr Sachlichkeit und Gelassenheit.

Der schleswig-holsteinischen SPD wird vorgeworfen, sie habe in ihrem Programmentwurf zur Landtagswahl 1983 "grüne Positionen" festgeschrieben. Das ist Unfug. Richtig ist: Die schleswig-holsteinische SPD ist zum Beispiel gegen falsche Großprojekte, die die Umwelt zerstören und nur wenige neue Arbeitsplätze schaffen. Sie ist dagegen, daß durch riesige



Eindeichungen am Wattenmeer der Lebensraum von Tieren und Pflanzen zerstört wird. Sie hält nach wie vor das Kernkraftwerk in Brokdorf für überflüssig. Sie setzt statt auf noch mehr Kernkraft auf andere Energiequellen. Diese Politik ist nicht "grün", sondern vernünftig.

Und wenn die schleswig-holsteinische SPD fordert, bei allen Planungen mehr als bisher ökologische Ziele, also den Schutz unserer Umwelt, zu berücksichtigen, dann dient das den Interessen des Bürgers. Die Roten in Schleswig-Holstein übernehmen keine Positionen der Grünen. Sie setzen vielmehr ihre politische Tradition konsequent fort. Denn: Für die schleswig-holsteinische SPD hat es nie den Gegensatz gegeben, den manche uns aufschwätzen wollen: den angeblichen Gegensatz zwischen notwendigem Wirtschaftswachstum auf der einen und notwendigem Umweltschutz auf der anderen Seite. Hinzu kommt: Durch Maßnahmen im Umweltschutz werden - das hat auch das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB errechnet - pro Jahr weit mehr Arbeitsplätze geschaffen als verloren gehen.

Punktuelle Übereinstimmung in der Sache und punktuelle Zusammenarbeit mit den Grünen gegen eine konservative bis reaktionäre Politik vor allem der Union kann kein Sozialdemokrat ausschließen. Daher habe ich großes Verständnis dafür, daß Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi darüber nachdenken muß, wie er zu Mehrheiten für einen stabilen Senat kommt. Hamburg ist die Ausnahme, nicht die Regel. Aber die Ausnahme rechtfertigt, was Klaus von Dohnanyi jetzt tut.

Nur: In Schleswig-Holstein haben wir eine andere Lage. Die CDU, die seit über dreißig Jahren an der Macht ist, hat in dieser Zeit das Wahlrecht, das die Opposition ohnehin benachteiligt, zudem noch mit ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit im Landtag weiter verschärft. Bereits bei der Landtagswahl 1979 hatten die Oppositions-Parteien erheblich mehr Stimmen als die CDU. Trotzdem bekam sie die Mehrheit der Mandate. Inzwischen hat sie die Zahl der Sitze im Landtag um einen weiteren auf 74 erhöht. Das heißt: Die Opposition muß über 20.000 Stimmen mehr bekommen als die CDU, um überhaupt eine Chance zu haben. Der Grund liegt in der Zahl der Wahlkreise. 44 der 74 Abgeordneten werden direkt, die anderen über Landeslisten gewählt. Ausgleichsmandate lehnt die CDU ab.

Die SPD muß also mindestens acht, möglichst zehn Wahlkreise direkt holen. Bei der Struktur des Landes Schleswig-Holstein ist das nur in den Großstädten möglich. Wenn die Grünen hier antreten, müssen sie sich immer das Ergebnis von 1979 vor Augen halten: Damals haben sie die CDU-Regierung im Sattel gehalten und eine Politik zementiert, die die SPD und sie verhindern wollten.

Es ist daher keinesfalls polemisch gemeint, wenn ich die Grünen frage, ob das im nächsten Jahr wieder ihr "Wahlziel" ist. Sie müssen sich jedenfalls über die Gefahr im Klaren sein, daß sie mit Ihrer Kandidatur dazu beitragen, auch künftig fortschrittliche und vernünftige Politik zu verhindern. (-/26.7.1982/ks/ca)

+ + +



PLO diplomatisch anerkennen  
-----

Genschers Initiative müssen jetzt konkrete Taten folgen

Von Dieter Schinzel MdEP

Mitglied der euro-arabischen Parlamentariergruppe

Die Visite von Bundesaußenminister Genscher in Jordanien und Ägypten läßt hoffen, daß die Europäer endlich wirksamere diplomatische Maßnahmen ergreifen werden, um dem Völkermord im Libanon ein Ende zu bereiten.

Endlich wurde auch von Genscher als Sprachrohr der Europäer nicht nur das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser betont, sondern auch festgestellt, wo die Palästinenser ihre "Heimstatt" finden sollen, nämlich in den derzeit von Israel besetzten Gebieten.

Lange haben die Europäer gebraucht, um sich in dieser Beziehung von amerikanischer und israelischer Bevormundung freizumachen. Die europäischen Staaten sollten ihre gesamte diplomatische Macht darauf verwenden, Israel mit Hilfe der USA davon abzuhalten, den Massenmord in Beirut fortzusetzen. Eine Erstürmung Beiruts löst nicht das Palästinenser-Problem, sondern erschwert allenfalls eine friedliche Dauerregelung, verbunden mit erheblichen Gefahren für die derzeit bestehenden sogenannten gemäßigten arabischen Regierungen.

Für den Fall der Fortsetzung der israelischen Vernichtungsaktion wird die Verbitterung über das zurückhaltende Vorgehen der gemäßigten arabischen Staaten bei den Palästinensern und ihren zahlreichen Freunden in der arabischen Welt nicht nur zu einer Radikalisierung der palästinensischen Organisationen, sondern auch zu einer Stärkung und Radikalisierung der politischen Opposition in den jeweiligen arabischen Staaten führen. Dadurch kann es zu einem totalen politischen Umbruch in der arabischen Welt kommen - sicherlich nicht zum Vorteil Israels und der USA.

Eine friedliche Zukunft für die Menschen im Nahen Osten kann nur am Verhandlungstisch zustandekommen. Der von Begin gewählte Weg der Gewalt und der Ausrottung ist nicht nur ein Irrsinn, der in der westlichen Welt keinen Platz haben darf, sondern zerstört auch die Hoffnung der in Israel lebenden Menschen auf eine friedliche Zukunft; denn diese gibt es für die Israelis nur mit den Arabern und nicht gegen sie.

Die Bundesregierung sollte der außenpolitischen Initiative Genschers auch konkrete Taten folgen lassen. Dazu gehören:

1. Die diplomatische Anerkennung der PLO. Dagegen spricht nicht, daß die Palästinenser derzeit über keinen eigenen Staat verfügen. Immerhin ist die PLO inzwischen von mehr Staaten diplomatisch anerkannt als Israel. Da der Frieden im Nahen Osten nur durch die Lösung der Palästinenser-Frage erreicht werden kann, muß die Bundesregierung offizielle Beziehungen zu der politischen Vertretung der Palästinenser entwickeln und diese diplomatisch anerkennen.
2. Gemeinsame wirtschaftliche Sanktionen der Staaten der EG, wenn die israelische Regierung nicht bereit ist, umgehend ihre Invasion zu beenden.
3. Eine Initiative der Bundesregierung im Rahmen der NATO mit der Zielsetzung des sofortigen Stopps von Waffenlieferungen der NATO-Länder an die israelische Regierung.
4. Die Förderung der Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten unter Beteiligung aller Betroffenen einschließlich der PLO.

Von der deutschen Opposition ist ein konstruktiver Beitrag zur Lösung des Nahost-Problems leider nicht zu erwarten. Der CDU-Außenpolitiker Barzel, vom ZDF dazu befragt, bot ein jämmerliches Bild. Fast unverhohlen unterstützte er die israelische Vernichtungsaktion. Offenbar ist für Herrn Barzel Gewaltanwendung ein durchaus sinnvolles Mittel der Politik. Bedrückend ist dies für alle, wenn man sich vorstellt, daß eine solche Opposition die Regierungsgewalt in der Bundesrepublik Deutschland übernehmen könnte.

(-/26.7.1982/ks/rs)  
Vorkünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



## Auch Leistungserbringer müssen Opfer leisten

-----  
Finanzausgleich in der Krankenversicherung ist dringende Notwendigkeit

Von Klaus Kirschner MdB

Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Mitglied des AfA-Bundesvorstandes

Rund 1.000 DM Beitragsausfall pro Arbeitslosem, insgesamt rund 1,3 Milliarden DM bei gerechneten 1,3 Millionen krankenversicherten Arbeitslosen - auf der Basis von jahresdurchschnittlich angenommenen 1,85 Millionen Arbeitslosen in 1983 (bei steigenden Arbeitslosenzahlen wird der Ausfall entsprechend höher) - werden die gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) zu verkraften haben, durch die von der Bundesregierung beschlossene Absenkung der Bemessungsgrundlage des Beitrages der Bundesanstalt für Arbeit auf 70 Prozent des zugrundeliegenden Bruttoarbeitseinkommens für die Bezieher von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Unterhaltsgeld.

Zur Refinanzierung dieser Beitragsausfälle in der Krankenversicherung ist vorgesehen, 300 Millionen DM durch die Anhebung der Rezeptgebühr von 1,50 auf 2,00 DM her-einzuholen; 580 Millionen DM durch die Herausnahme von Bagatellarzneimitteln; 190 Millionen DM durch die Selbstbeteiligung der Versicherten an den Krankenhauskosten der ersten sieben Tage mit je 5,00 DM; 20 Millionen durch die Beteiligung der Versicherten an den voll übernommenen Kuren; 600 Millionen DM aus Versorgungsbezügen von Zusatzrenten wie zum Beispiel Betriebsrenten oder Pensionen. Diese letztere Zahl täuscht aber darüber hinweg, daß sich durch die Einbeziehung des Beitragsanteils der Rentner aus den rentenähnlichen Einkommen in der Operation '83 der Finanzierunganteil der GKV an der Krankenversicherung der Rentner (KVdR) von 2,63 Beitragssatzpunkten auf 2,72 Prozent des Grundlohns erhöhen wird. Das heißt, daß diese eingeplanten Mehreinnahmen aus dem Rentenanpassungsgesetz '82 (RAG) nicht mehr geson-dert für die KVdR zur Verfügung stehen.

Per Saldo ergibt sich aus diesen Refinanzierungsmaßnahmen eine Summe von 1,69 Milliarden DM. Den Kassen fließen bei angenommenen 1,3 Millionen Leistungsempfängern also rund 390 Millionen DM an Mehreinnahmen zu.

In jedem Fall muß, wie von der Bundesregierung beschlossen und nicht wie von den FDP-Politikern Mischniok und Cronenberg schon wieder infrage gestellt, sichergestellt werden, daß ein Belastungsausgleich wegen der ungleichmäßigen Verteilung der Arbeitslosen zwischen den einzelnen Kassenarten durchgeführt wird. Erfolgte ein solcher nicht, wären die Ortskrankenkassen nach Berechnungen des BdO mit 133 Millionen mehr belastet, während sich die Betriebskrankenkassen um 194 Millionen DM, die Innungskrankenkassen um drei Millionen DM und die Angestelltenkrankenkassen gar um 345 Millionen DM entlasten könnten. All diese Zahlen, Daten und Fakten dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß zwar der Anstieg der Sozialausgaben gebremst wird, daß aber die Versicherten (Arbeitnehmer, Familien, Rentner, Arbeitslose) diese 1,69 Milliarden DM Mehreinnahmen der Krankenversicherung selbst aufzubringen haben.

Es kann jetzt nicht einfach nur zur Tagesordnung übergegangen werden. Die Leistungserbringer, die in erster Linie den Schlüssel zur Wirtschaftlichkeit unseres Gesundheitswesens in der Hand halten, sind zu verpflichten, sich nicht weiterhin - wie in der Vergangenheit ständig geschehen - immer größere Stücke aus dem für sie gut verdaulichen Kuchen "Gesundheitswesen" auf dem Rücken der Beitragszahler herauszuschneiden. Deshalb muß erwartet werden, daß in einer Zeit äußerster Sparmaßnahmen nicht nur den Versicherten Opfer abverlangt werden, sondern daß auch die Leistungserbringer selbst finanzielle Opfer erbringen. Das heißt, da die Versicherten der GKV ab dem nächsten Jahr die Leistungen für Gesundheit mit einer höheren Eigenleistung oder einer Verminderung des Realeinkommens finanzieren müssen, muß umgekehrt von den Leistungserbringern erwartet werden, daß sie zumindest in den nächsten Jahren ihre Einkommen nicht zu Lasten der Versicherten weiter ausbauen. (-/26.7.1982/bgy/rs)

Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



System der Subventionierung umstellen  
-----

## Berlin-Flüge kein "gewöhnlicher Etat-Vorgang"

Von Prof. Dr. Nils Diederich MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages

Zweifellos war es keine berlinpolitische Meisterleistung, die Frage der Subventionen der Preise für Berlin-Flüge als gewöhnlichen Haushaltsvorgang zu behandeln. Es sollte bei der guten Übung bleiben, daß berlinpolitische Vorgänge nicht zuallererst beim Finanzminister, sondern in engem Einvernehmen zwischen Regierendem Bürgermeister und Bundeskanzler entschieden werden, so wie es auch in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

Wer allerdings glaubt, durch eine einfache Wiederholung der Forderung nach Rücknahme des Beschlusses der Bundesregierung die ganze Sache rückgängig machen zu können, macht es sich zu einfach. Es ist nämlich zweifellos so, daß über die Frage der Subventionierung der Berlin-Flüge schon länger nachgedacht wurde und daß die ganze Frage auf eine neue Basis gestellt werden muß.

Zuallererst wird es darauf ankommen, sich darauf zu einigen, daß im Prinzip die Aufrechterhaltung des Luftverkehrs in einer angemessenen Dichte zu den Lebensinteressen Berlins gehört. Wenn man sich jedoch darüber einig ist und ferner in gemeinsamer Suche nach der Finanzierung fündig werden sollte, so wird man sich darüber unterhalten müssen, ob das ganze Subventionierungssystem vom Prinzip her überhaupt richtig angelegt ist.

Zunächst einmal muß man von den Gesellschaften rückhaltlose Offenlegung der Rechnung verlangen. Auch wenn es sich um Fluggesellschaften handelt, die sich hinter dem Schirm der alliierten Luftfahrtattachés verstecken können, dürfen sie nicht von dem freigestellt werden, was von jedem deutschen Subventionsempfänger verlangt wird, nämlich Nachweis des Subventionseffektes. Die Subventionierung darf nicht dazu dienen, marode Gesellschaften zu sanieren. Insofern ist der Hinweis auf die Bedienung von Kapitäldiensten durch den Berlin-Flugverkehr und so weiter höchst unangebracht. Man muß davon ausgehen, daß die Berlin-Flüge insgesamt noch einen erklecklichen Ertrag abwerfen. Man kann aber nicht den Berlin-Flugverkehr und die Subventionierung des Berlin-Flugverkehrs haftbar machen für die Sanierung der Gesellschaften weltweit.

Nun sollen die Alliierten ihre Indignation zum Ausdruck gebracht haben. Dies sollte man nicht allzu ernst nehmen, denn die Luftfahrtattachés waren in der Vergangenheit immer noch die besten Lobbyisten der Gesellschaften. Denn immerhin ist bisher das Monopol der drei Gesellschaften mit dem Argument der Zuverlässigkeit aufrechterhalten und gegen jeden Versuch, kostengünstiger arbeitende Gesellschaften zuzulassen, abgeschmettert worden. Es ist sogar die Streckenaufteilung zwischen den Gesellschaften geduldet worden, die den letzten Rest von scheinbarer Konkurrenz beseitigt hat. Insofern kann man auch nur sagen, wenn die Gesellschaften meinen, sie kämen mit dem Geld nicht hin, dann sollten die Luftfahrtattachés doch für Konkurrenz sorgen.

Wenn man sich jedoch einig ist, daß eine gewisse finanzielle Zuwendung notwendig ist, dann wird man nicht nur über die Höhe der Subventionierung - die bei einigen Strecken wie Frankfurt und München bei 15 Prozent, bei der Strecke nach Hannover sogar bei 19 Prozent liegt, unterhalten müssen. Die Subventionierung des gebuchten Flugplatzes, so wie sie heute üblich ist, hat fatale Schwächen. Da es sich um einen Absolutbetrag handelt, geht der Subventionsanteil mit jeder Flugpreiserhöhung zurück, was in der Vergangenheit auch zu Aufstockungen geführt hat. Jedoch muß man feststellen, daß die Gesellschaften in den letzten Jahren um ein vielfaches dessen die Flugpreise er-



höht haben, um die sie steigen würden, wenn es bei der Streichung der Flugpreissubventionierung bliebe. Und die Gesellschaften haben damit genau das eher gefördert, was sie selber immer beklagen, nämlich den Rückgang der Fluggastzahlen. Tatsächlich wird man den größeren Teil dieses Rückganges eher auf äußere Umstände, nämlich den leichteren Transit durch die DDR und die zurückgehende Reisefreudigkeit aufgrund der konjunkturellen Lage, zurückführen müssen. Das Groteske ist nun, daß mit dem Rückgang der Flugbuchungen auch die Subventionssumme für die Fluggesellschaften zurückgeht. Die Gesellschaften haben in der Vergangenheit immer mit der Streichung einzelner unrentabler Flüge aus dem Flugplan reagiert. Der Effekt, mit dem heute gedroht wird - nämlich, daß etwa Flüge nach Sylt und Hannover eingeschränkt werden -, ist in der Vergangenheit von den Gesellschaften schon immer freihändig praktiziert worden, ohne daß jemand damit die Flugverbindungen nach Berlin im Prinzip gefährdet sah. Es war eher mehr ein Verlust an Bequemlichkeit.

Das Interesse Berlins liegt aber genau darin, daß möglichst konstant über den ganzen Tag hinweg Flüge angeboten werden, auch dann, wenn sie saisonbedingt geringer ausgelastet sind. Daher sollte das Subventionierungssystem umgestellt werden:

Wenn die Gesellschaften eine bestimmte Mindestzahl an Flügen pro Strecke einsetzen, sollten sie für jeden Flug eine bestimmte Subvention erhalten, unabhängig von der Auslastung der Flüge.

Um es an einem Beispiel zu erläutern: Heute werden, wenn 100 Leute nach Köln gebracht werden und wieder zurück nach Berlin, 6.800,-- DM an Subventionen an die Gesellschaft gezahlt. Bei einer der schlecht ausgelasteten Maschinen während der Woche, die nur 30 Leute nach Köln und zurück bringt, wird eine Subvention von 2.040,-- DM gezahlt. Die Subventionshöhe ist also von der Auslastung der Maschine abhängig. Eine ständig unterausgelastete Maschine wird also früher oder später eingestellt und die verbleibenden Fluggäste zur besseren Rentabilität auf die übrigen Maschinen verwiesen werden.

Bei einer Systemumstellung müßte man den Gesellschaften einen bestimmten Betrag anbieten, wenn und insoweit ein planmäßiger Flug tatsächlich abgefertigt wird. Der Flugpreis für einen Flug von Berlin nach Köln und zurück beträgt heute 440,-- DM. Wenn man für das Flugpaar zehn Prozent der Auslastung subventioniert, erhielte die Gesellschaft für jedes Flugpaar 4.400,-- DM und könnte damit auch noch bei einer geringeren Auslastung den Flug ohne Verlust anbieten. Ein Vorteil dabei wäre, daß die Bundesregierung Vorgaben über die gewünschte Mindestflugpaarzahl machen könnte und sie wäre auch nicht gezwungen, jede Strecke zu subventionieren, weil schlechthin wohl kaum jemand einsehen wird, daß die Flugverbindung nach Sylt etwas mit der Lebensfähigkeit Berlins zu tun hat und daher genauso subventioniert werden muß wie der Flug nach Hannover oder München.

(-/26.7.1982/ks/rs)

+ + +

